



Gesine Meißner Für Niedersachsen, Hamburg und Bremen in Europa

Liebe Leserin, lieber Leser,

der Beginn des neuen Jahres 2012 war für das Europaparlament zugleich der Beginn der zweiten Hälfte der laufenden Legislaturperiode. Traditionell wird zu diesem Zeitpunkt das Parlamentspräsidium neu gewählt und - soweit gewünscht - die Ausschusssitze neu verteilt.

I. Einige aktuelle Plenarbeschlüsse und Diskussionen

Martin Schulz neuer Parlamentspräsident

Der deutsche SPD-Europaabgeordnete Martin Schulz ist mit 387 Stimmen zum neuen Präsidenten des Europaparlaments gewählt worden. Er wird nun bis zur nächsten Europawahl im Sommer 2014 dem Parlament vorsitzen. Traditionell teilen sich die beiden größten Fraktionen, EVP (Konservative) und S&D (Sozialdemokraten), den Parlamentsvorsitz während einer Wahlperiode hälftig. Gegen die Anfang der Wahlperiode getroffene Absprache der beiden Fraktionen, gegenseitig den Kandidaten des anderen mit zu unterstützen und damit die Mehrheit für den Deal zu sichern, regte sich bei einigen Abgeordneten der anderen Fraktionen Widerstand. Dennoch hatten die beiden Gegenkandidaten Diana Wallis (ALDE) und Nirij Deva (EKR) keine Chance.

In seiner Antrittsrede betonte er, dass er dem EU-Parlament eine stärkere Stimme verleihen möchte. Als einzige direkt gewählte EU-Institution vertritt es die Interessen der Bürger. Daher muss das Europaparlament die Macht, die es seit dem Vertrag von Lissabon hat, in Zukunft noch besser ausfüllen. In Zeiten wachsender Euroskepsis ist es wichtiger denn je, den Interessen der Bürger eine laute Stimme zu verleihen.

Debatte über Ungarn

Nachdem tags zuvor die EU-Kommission beschlossen hatte, Vertragsverletzungsverfahren in drei Punkten gegen Ungarn zu eröffnen, fand in Straßburg eine mit Spannung erwartete Debatte statt, an der auch Ungarns Ministerpräsident Orban teilnahm. Die rechten Fraktionen schlugen gemäßigte Töne an und mahnten, man solle das Prüfungsverfahren durch die Kommission abwarten, bevor man Orbans Regierung verurteilt, und ihn nicht persönlich diffamieren. Die linken Fraktionen warfen Orban vor, die Zweidrittelmehrheit seiner Regierung zu missbrauchen, um alle gesellschaftlichen Bereiche zu kontrollieren und seine Macht über die laufende Amtszeit hinaus zu zementieren. Die Redner der ALDE warnten davor, die Debatte in Rechts- Links- Lager zu polarisieren, und wiesen auf die Fakten hin, die auf dem Tisch liegen, und schwer genug wiegen, um die Kommission dazu zu veranlassen, ein Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten. Der Fraktionsvorsitzende Guy Verhofstadt wies auf eine Liste von 30 demokratisch bedenklichen Punkten der neueren ungarischen Gesetzgebung hin, die von offiziellen Stellen und Regierungsorganisationen geäußert wurden. Wir Liberale fordern geschlossen ein Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags, dessen Einleitung ein Drittel des Parlaments dem Rat vorschlagen kann. Der Rat kann dann eine "schwerwiegende

Verletzung" der europäischen Grundwerte feststellen und auf dieser Basis Empfehlungen an Ungarn beschließen, die in der Folge regelmäßig überwacht werden. Im Extremfall ermöglicht Artikel 7.2 und 3 Sanktionen bis hin zum Entzug des Stimmrechts.

Die von der Regierung Orban verabschiedeten Gesetze betreffen nicht nur den von der Kommission monierten Status der ungarischen Zentralbank und der Datenschutzbehörde, sondern auch die Unabhängigkeit der Justiz und damit europäische Grundwerte. Hinzu kommt, dass einfache steuer- und arbeitsrechtliche Sachverhalte als 'Kardinalgesetze' faktisch auf Verfassungsrang gehoben wurden und nur noch mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit geändert werden können. Da eine solche Mehrheit unter gewöhnlichen Politikverhältnissen nur schwer erreicht wird, können diese Gesetze in Zukunft schwer geändert werden. Das macht das Recht der Bevölkerung auf einen Politikwechsel an der Wahlurne zunichte. Auch hier werden europäische Grundwerte berührt.

Neuregelung der Elektroschrottrichtlinie

Nach einer neuen Richtlinie, die das Parlament diese Woche angenommen hat, sollen alte oder kaputte Elektrokleingeräte künftig beim Elektronikhändler entsorgt werden können. Händler, die eine Verkaufsfläche von über 400 Quadratmetern haben, werden verpflichtet, Geräte bis 25 Zentimeter Außenmaß zurückzunehmen. Zwar schreibt die bestehende Richtlinie bereits für alle EU-Staaten vor, Sammelstellen einzurichten, die alte Elektrogeräte kostenfrei entsorgen. Vor allem außerhalb von Städten, wo solche Sammelstellen nicht immer in nächster Nähe verfügbar sind, wandern gerade Kleingeräte oft dennoch in den Hausmüll.

Der illegale Export von Elektroschrott in Drittländer ist nach wie vor ein Problem. Schrottexporte werden oft als Ausfuhren zur Wiederverwendung verschleiert. Nach der neuen Regelung sind daher für jede Ausfuhr von Elektrogeräten aus der EU folgende Papiere Pflicht: Rechnungskopie und Vertrag über den Verkauf, der besagt, dass das Gerät für den direkten Gebrauch bestimmt und voll funktionsfähig ist; Nachweis über Tests der Funktionsfähigkeit über jedes Gerät in der Lieferung; Erklärung, dass keines der Materialien oder Geräte Schrott sind. Wir Liberale bezweifeln allerdings, dass diese Regelungen wirklich die gewünschte Wirkung entfalten können, und ob nicht Kriminelle die geforderten Nachweise einfach fälschen werden. Die neue Regelung soll ab Mitte des Jahres 2014 gelten.

Verschwendung von Lebensmitteln bekämpfen

Statistisch wirft jeder Europäer 100 Kilogramm Lebensmittel pro Jahr in den Müll. Das EU-Parlament stimmte diese Woche einer Resolution zu, die fordert, diese Lebensmittelverschwendung zu verringern. Zumindest sollten durch bessere Abfalltrennung, -sammlung und Verwertung weggeworfene Lebensmittel zu Kompost verarbeitet werden, der als natürlicher Dünger dient und den Boden optimiert. Weit besser wäre es natürlich, mit unseren Lebensmitteln bewusster umzugehen und weniger wegzuworfen. In Europa und Nordamerika werden jährlich pro Kopf der Bevölkerung 95 bis 115 Kilogramm größtenteils genießbare Lebensmittel entsorgt, während in Afrika, südlich der Sahara nur 6 bis 11 Kilogramm pro Person und Jahr weggeworfen werden - nach Zahlen der Food and Agriculture Organisation (FAO) der Vereinten Nationen. Der größte Teil der Nahrungsverschwendung in den entwickelten Ländern passiert am Ende der Handelskette und beim Verbraucher, etwa weil das Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Die in der Resolution vorgeschlagenen Maßnahmen setzen daher vorwiegend auf die Aufklärung der Verbraucher und verbesserte Verwertung noch genießbarer Lebensmittel.

II. Aus meiner aktuellen Arbeit

Gesine Meißner ab jetzt im Entwicklungshilfeausschuss

Mit der Halbzeit der Legislaturperiode habe ich meine stellvertretende Mitgliedschaft im Arbeits- und Sozialausschuss gegen den Entwicklungshilfeausschuss getauscht. Die Arbeit im Entwicklungshilfeausschuss wird sich mit meiner Arbeit im Ausschuss für Frauen und Gleichstellung und meiner Mitgliedschaft in der EU-Lateinamerika-Delegation sehr gut ergänzen. Gleichzeitig freue ich mich auf eine enge Zusammenarbeit mit Dirk Niebel und seinem Team im Bundesministerium sowie mit Christiane Ratjen-Damerau in der Bundestagsfraktion.

Berichterstattungen im Frauen- und Gleichstellungsausschuss

In der ersten Jahreshälfte 2012 werde ich die Berichte "Situation der Frauen in Nordafrika" und "Menschenrechte Weltweit 2010 und die Menschenrechtspolitik der EU" für die Liberalen im Frauen- und Gleichstellungsausschuss bearbeiten. Ein genauer Zeitplan für die Beratungen und Abstimmungen liegt noch nicht vor.

Neue Herausforderungen für die Deutsche Flugsicherung

Vor wenigen Tagen habe ich die Zentrale der Deutschen Flugsicherung in Langen, in der Nähe des Frankfurter Flughafens besucht. Sie ist seit 1993 als privatrechtliches Unternehmen organisiert, wo zivile und militärische Fluglotsen gemeinsam unter einem Dach arbeiten. Das ist einzigartig in Europa. Die EU plant gerade einen einheitlichen europäischen Luftraum, wobei der europäische Luftraum über die nationalen Grenzen hinweg in neue, funktionale Luftraumblocke eingeteilt werden soll (z.B. Deutschland mit Frankreich, Schweiz, Belgien, Niederlande und Luxemburg). Heute müssen Flieger aufgrund der nationalen Einteilung der Flugsicherungen und diverser militärischer Sperrgebiete in der Luft häufig Umwege fliegen. Mit den geplanten grenzüberschreitenden Luftraumblocken könnten direkte Flugrouten geflogen werden. Das spart Kosten und senkt CO₂-Emissionen. Diese Pläne haben natürlich auch Auswirkungen auf die zukünftige Arbeit der nationalen Flugsicherungen. Man muss sich z.B. auf gemeinsame Qualitätsstandards und eine gemeinsame Preisstruktur für die angebotenen Dienstleistungen einigen.

Natürlich haben wir auch über die aktuellen Auseinandersetzungen um den gestiegenen Fluglärm am Frankfurter Flughafen gesprochen. Nach der Öffnung der neuen Landebahn Nordwest hat die Flugsicherung die An- und Abflugrouten neu organisiert. Dabei wurden bisher besonders stark von Fluglärm betroffene Gebiete entlastet, was im Gegenzug zu mehr Fluglärm in bisher kaum betroffenen Städten und Gemeinden geführt hat. Frankfurt ist einer der größten Verkehrsflughäfen der Welt, ein zentraler Knotenpunkt in Europa für viele Umsteiger. Dennoch müssen bei Planung und Betrieb von Flughäfen auf Umwelt und Anwohner Rücksicht genommen werden. Die EU-Kommission hat in diesem Zusammenhang gerade einen Gesetzesvorschlag zu lärmbedingten Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen veröffentlicht. Darin sollen für die Einführung von Flugverböten EU-weit gültige Regeln festgelegt werden, z.B. einheitliche Lärmbewertungsmethode, gemeinsame Liste an möglichen Maßnahmen gegen Fluglärm, vorgeschriebene Konsultationen der Betroffenen. Innerhalb dieser Vorgaben kann jeder Flughafen aufgrund der lokalen Gegebenheiten vor Ort entscheiden, wie er Fluglärm reduziert. Die Diskussion hierzu laufen im Parlament gerade an.

Herzliche Grüße aus Straßburg und einen guten Start in das Jahr 2012 !

Ihre

Gertraud Neff

20.01.2012